

88. Sitzung

Donnerstag, den 29. Januar 2015

Mainz, Deutschhaus

Fragestunde

– Drucksache 16/4525 – 5764

Die nicht behandelten Mündlichen Anfragen Nummern 4 bis 21 werden gemäß § 98 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtags in Kleine Anfragen umgewandelt.

AKTUELLE STUNDE

"Wohnungspolitik der Landesregierung: Bezahlbarer Wohnraum in Rheinland-Pfalz"
auf Antrag der Fraktion der SPD

– Drucksache 16/4537 – 5777

"Aktuelle Debatte um die Sicherheitsdefizite des AKW Cattenom"
auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 16/4538 – 5782

"Rot-grünes Bildungsversprechen zur Reduzierung der Klassenschülerzahl gebrochen"
auf Antrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 16/4539 – 5786

Die Aktuelle Stunde wird dreigeteilt.

Zu den Themen findet jeweils eine Aussprache gemäß § 101 der Geschäftsordnung des Landtags statt.

Willkommen in Rheinland-Pfalz

Regierungserklärung der Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen

5792

Die Regierungserklärung wird von Frau Staatsministerin Alt abgegeben.

Es findet eine Aussprache statt.

meine Herren Fraktionsvorsitzenden, gesagt haben: Es gab kein Konzept dafür, wie die Kooperation laufen soll. Sonst müssten Sie diese Instrumente jetzt nicht noch einmal nach vorne bringen.

(Zurufe von der SPD)

Wir fühlen uns jetzt tatsächlich in der Führungsrolle; denn wir haben das auf den Weg gebracht – nicht nur dass heute die Regierungserklärung gehalten worden ist, sondern dass auch die Punkte sauber herausgearbeitet werden: Wo fehlt es noch? Was muss auf den Weg gebracht werden? Was kann man noch besser machen?

(Beifall der CDU)

Ein Beispiel will ich nennen: Sie haben die ISB und Kommunalkredite für die Investitionen erwähnt. Wir haben in der Vorbereitung auf den Flüchtlingsgipfel im „Behörden Spiegel“ gelesen – ich kann das hier ja sagen – und aufgearbeitet, was in den anderen Bundesländern schon passiert ist. Sie brauchten es nur abzuschreiben.

(Beifall der CDU)

Das hat keine vier Monate gedauert. Das glaube ich Ihnen einfach nicht. Sie sind erst darauf gekommen, als Sie sich jetzt einmal intensiv damit beschäftigt haben. So war es auch an vielen anderen Stellen. Sie haben erst jetzt zur Kenntnis genommen, worum es hier tatsächlich geht. Ich glaube, die Kommunen, aber vor allem die Menschen – die Flüchtlinge – werden es Ihnen danken, dass Sie jetzt ein Konzept zu erarbeiten beginnen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Dr. Braun:

Die Redezeiten sind ausgeschöpft. Es gibt auch keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Wir kommen dann zu **Punkt 15** der Tagesordnung:

Dritter Zwischenbericht und Schlussbericht der Enquete-Kommission 16/2 „Bürgerbeteiligung“
– Drucksache 16/4444 –

Zunächst wird die Vorsitzende der Enquete-Kommission, Frau Abgeordnete Schellhammer, Bericht erstatten.

(Schweitzer, SPD: Bitte nicht alles vorlesen!
Ist das die Rede?)

Abg. Frau Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Keine Sorge, ich habe nicht die Rede mitgebracht.

(Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nur Stichworte!)

– Es sind nur Stichworte, genau. – Aber ich habe hier drei Drucksachen mitgebracht: die drei Zwischenberichte, wobei der dritte Zwischenbericht letztendlich der Schlussbericht der Enquete-Kommission „Bürgerbeteiligung“ ist. Darin sind die Ergebnisse von drei Jahren Arbeit zusammengefasst. Da wir sie immer scheinbar bekommen haben, habe ich mir gedacht, ich bringe sie einmal alle zusammen mit. Es sind 490 Seiten Text mit umfangreichen Ideen und Vorschlägen, wie wir die Bürgerbeteiligung in Rheinland-Pfalz weiterentwickeln können.

Sie sind das Ergebnis von insgesamt 15 umfangreichen Anhörungen. Wir haben 102 Expertinnen und Experten – externe Sachverständige – aus der Wissenschaft, aber auch aus der Praxis der Bürgerbeteiligung angehört und uns in intensiven Auswertungssitzungen mit diesen Erkenntnissen auseinandergesetzt. Insgesamt haben 26 Sitzungen der Enquete-Kommission stattgefunden. Die Sitzungsdauer lag bei rund 60 Stunden; alles fand im Saal 7 statt.

(Vizepräsident Schnabel übernimmt den Vorsitz)

Aber das war noch nicht alles, was die Enquete-Kommission geleistet hat. Wir hatten in unserer Enquete-Kommission insgesamt 29 Besuchergruppen. Uns war es besonders wichtig, die Bürgerinnen und Bürger zu einem direkten Dialog mit den Mitgliedern der Enquete-Kommission einzuladen. Aber wir haben nicht nur das gemacht, sondern wir haben auch Infostände aufgebaut und sind mit über 1.000 Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt gekommen. Wir haben uns direkt darüber ausgetauscht, welche Ideen und Vorschläge sie zur Weiterentwicklung unserer Bürgerbeteiligung in Rheinland-Pfalz haben.

Wir sind neue Wege gegangen. Wir sind als erstes Gremium online gegangen, indem wir eine Liveübertragung unserer Sitzungen initiiert haben. Das war erst einmal ein ganz schöner Kampf. Wir haben einen Blog gestartet, auf dem wir gemeinsam diskutieren konnten. Alle Vorlagen wurden dort eingestellt. Wir haben maximal transparent gearbeitet. Natürlich haben wir auch die Offliner nicht vergessen. Wir haben via Flyer auf die Arbeit der Enquete-Kommission aufmerksam gemacht und damit auch viele Menschen erreicht.

Wenn man sich den jetzt vorliegenden Schlussbericht anschaut, auch was die Auswertung der Gespräche mit unseren Besuchergruppen anbelangt, kann man wirklich sagen, es ist durchweg positiv angekommen, dass die Abgeordneten nach den Sitzungen bereit waren, noch über eine Stunde Rede und Antwort zu stehen. Das ist sehr positiv angekommen. Es lohnt sich auch für ein repräsentatives Gremium, neue Wege zu gehen und einen direkteren Kontakt mit den Bürgern zu suchen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Wir haben uns in der ersten Phase – das schlägt sich im ersten Zwischenbericht nieder – mit der sozialen Dimension von Beteiligung auseinandergesetzt. Wenn man sich mit dem Wort „Bürgerbeteiligung“ auseinandersetzt, muss man sich natürlich immer die Frage stellen: Wel-

che Gruppen beteiligen sich, und welche Gruppen beteiligen sich nicht? Wie kann man die Gruppen, die sich nicht beteiligen, besser aktivieren? Welche Fragen muss man sich vor dem Start eines Bürgerbeteiligungsverfahrens stellen, damit sich Junge und Alte, Frauen und Männer, aber auch Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen sowie Menschen mit Behinderungen beteiligen?

Das alles haben wir in unserem ersten Zwischenbericht zusammengefasst, um dann in eine sehr spannende Phase zu starten. In der zweiten Phase haben wir uns nämlich mit der Informationsgrundlage und mit staatlicher Transparenz auseinandergesetzt. Ganz wichtig war für uns die Kernfrage: Wie verändert sich die Beteiligung durch die Digitalisierung? – Auch darauf haben wir im zweiten Zwischenbericht umfangreiche Antworten gegeben.

Auch der jetzt vorliegenden Drucksache liegen bestimmte Themenkomplexe zugrunde. Zum Beispiel gab es eine Anhörung, die wir gemeinsam mit der Enquete-Kommission „Kommunale Finanzen“ zu dem Thema „Bürgerhaushalte und offene Haushalte“ durchgeführt haben. Ein Dank geht an Herrn Henter, den Kollegen Vorsitzenden der anderen Enquete-Kommission, dafür, dass es möglich war, gemeinsam zu tagen. Ich denke, das war eine sehr gute Sitzung. Wir sind zu einem Austausch untereinander gekommen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Wir haben uns darüber hinaus mit dem Thema „Informelle Bürgerbeteiligung auf kommunaler und auf Landesebene“ auseinandergesetzt. Das umfasste den ganzen Bereich der konsultativen Verfahren, die eine Entscheidung in einem repräsentativen Gremium vorbereiten. Wir haben auch Anhörungen zu dem Thema „Direkte Beteiligung auf kommunaler und auf Landesebene“ durchgeführt, um uns konkret anzuschauen, welche Rahmenbedingungen uns die Gemeindeordnung für direkte Demokratie auf kommunaler Ebene gibt und welche Möglichkeiten uns die Landesverfassung bietet. Wir haben uns selbstverständlich auch mit der Beteiligung bei Planungsverfahren auseinandergesetzt und im Anschluss ein schriftliches Anhörungsverfahren bei Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden durchgeführt, um deren Meinung zur Bürgerbeteiligung zu erfahren.

Über all diese Fragen haben sich die Fraktionen und ihre Sachverständigen in ihren Empfehlungen nun verständigt, wobei ein abweichendes Votum formuliert wurde. Obwohl im Abschlussbericht keine gemeinsamen Empfehlungen zustande gekommen sind, erkennt man, wenn man die Empfehlungen und die abweichende Stellungnahme durchliest, doch, dass es in die gleiche Richtung geht, nämlich in die Richtung von mehr Beteiligung. Auch wenn wir unterschiedliche Schritte machen, die gleiche Richtung ist da, und das begrüße ich ausdrücklich.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Der Abschluss einer Enquete-Kommission ist auch immer der Moment, um zu schauen, ob wir dem, was wir in dem Einsetzungsbeschluss einstimmig verabschiedet haben, gerecht geworden sind. Wir sollten die Rahmenbedingungen für Beteiligung untersuchen. Wir sollten Informationen als Grundlagen für Beteiligung untersuchen, und wir sollten untersuchen, wie Beteiligungs-gerechtigkeit und Beteiligungschancen ausgebaut werden können. Wir sollten auch untersuchen, wie die Onlinebeteiligung besser ermöglicht wird. All diese Bereiche haben wir in bestimmten Anhörungen mit verschiedenen Sachverständigen intensiv erörtert.

Wir sind da auch in einer Linie klar geworden, die von Anfang an unsere Linie war, es geht nämlich um eine sinnvolle Ergänzung von repräsentativer Demokratie durch direkte Demokratie und konsultative Verfahren. Das zeigt sich in den vorliegenden Berichten.

Der Einsetzungsbeschluss hat uns auch aufgefordert, konkrete Verbesserungsvorschläge für den Gesetzgeber zu formulieren. Dem sind wir gerecht geworden. In allen drei Zwischenberichten haben wir nämlich konkrete Vorschläge gemacht, wie wir Gesetze ändern und wo eventuell auch finanzielle Mittel in die Hand genommen werden sollen. Dementsprechend kann man sagen: Dem Einsetzungsbeschluss sind wir gerecht geworden.

Einer weiteren Sache müssen wir noch gerecht werden. Ich habe bei der Debatte über den Einsetzungsbeschluss gesagt, die Enquete-Kommission „Bürgerbeteiligung“ ist keine Alibiveranstaltung. Nun gilt es, die Forderungen, die wir in den Berichten formuliert haben, auch tatsächlich umzusetzen und das mit gleicher Leidenschaft zu tun, wie wir uns auch in der Enquete-Kommission mit diesen Themen auseinandergesetzt haben;

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

denn die Bürgerinnen und Bürger erwarten eine transparentere und eine beteiligungsorientierte Politik in den Kommunen und auf Landesebene. Dem müssen wir gerecht werden.

Setzt man die Enquete-Kommission in den Gesamtzusammenhang, sehen wir, dass sich unsere Gesellschaft verändert. Dementsprechend muss sich auch unsere Demokratie weiterentwickeln. Ein paar Stichworte, die uns alle geläufig sind: demografischer Wandel, Energiewende, Digitalisierung. All das bestimmt derzeit unsere Gesellschaft, und all das verändert unsere Gesellschaft.

Gleichzeitig haben wir es mit Phänomenen wie sinkender Wahlbeteiligung und sinkender Beteiligung an Parteien zu tun. Auf all diese Punkte müssen wir reagieren, und wir müssen unsere Demokratie weiterentwickeln. Auch deswegen ist die Enquete-Kommission in diesem Kontext zu sehen.

Abschließend möchte ich mich wirklich bedanken. Die letzten drei Jahre waren aus meiner Sicht unglaublich bereichernd. Ich hoffe, dass die Anregungen, die wir getroffen haben, über diese Legislaturperiode hinaus auch ihre Wirkung zeigen.

Ich danke insbesondere allen Mitgliedern der Enquete-Kommission und meiner stellvertretenden Vorsitzenden, Frau Marlies Kohnle-Gros.

(Beifall im Hause)

Ich danke auch den ständigen Sachverständigen, die sich die kompletten drei Jahre lang mit uns gemeinsam über diese wichtigen Themen auseinandergesetzt haben. Ich möchte noch einmal betonen, über alle organisatorischen Fragen herrschte in der Enquete-Kommission immer große Harmonie. Wir haben alle organisatorischen Fragen einstimmig verabschiedet. Auch das gehört zur Geschichte der Enquete-Kommission dazu.

Ich danke natürlich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Fraktionen, die uns dabei unterstützt haben, diesen wirklichen Berg an Informationen und Terminanfragen zu bewältigen. Wir waren auch viel im Land unterwegs, weil wir als Mitglieder der Enquete-Kommission auch angefragt wurden.

Auch viele Anzuhörende sind weit angereist. Auch ihnen gilt unser Dank für ihren Impuls und ihre Expertise, die sie in unserer Enquete-Kommission eingebracht haben.

Ein wichtiger und wesentlicher Partner für die Enquete-Kommission war natürlich die Landtagsverwaltung, die uns mit Technik für den Livestream und das Blog unterstützt hat. Ich danke auch dem Stenografischen Dienst; denn es wurde immer ein Wortprotokoll unserer Sitzung für eine maximale Nachvollziehbarkeit angefertigt. Ich danke dem Besucherdienst, der uns wirklich tolle Besuchergruppen organisiert hat und die Dialoge für uns begleitet hat.

Ich danke natürlich ganz persönlich dem Wissenschaftlichen Dienst. Ich bin als Parlamentsneuling in die Situation gekommen, Vorsitzende zu werden. Ich hatte eine wirklich tolle Unterstützung.

(Beifall im Hause)

Hier möchte ich stellvertretend Frau Eschenauer, Herrn Dr. Rahe und Frau Bierbrauer für die Unterstützung danken.

Für das gute Miteinander danke ich Ihnen allen. Es war mir eine unglaubliche Freude, dieser Enquete-Kommission vorsitzen zu dürfen. Für die spannende und erkenntnisreiche Zeit danke ich Ihnen.

Ich hoffe jetzt, dass wir auch eine entsprechend spannende Debatte über den Schlussbericht haben und vieles davon umgesetzt wird.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch auf eines hinweisen. Wir haben Gebärdendolmetscherinnen im Plenarsaal, die es sehr stört, wenn die Dezibelstärke

hochgeht. Ich darf gerade aus dem Grund bitten, sich ein bisschen ruhiger zu unterhalten, wie sich dies eigentlich auch gehört.

Ich erteile nun das Wort Herrn Kollegen Haller für die SPD-Fraktion.

Abg. Haller, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es liegen thematische sehr intensive und arbeitsreiche Jahre hinter uns. Gerade die letzte Phase der Enquete-Kommission hat uns noch einmal vor große und herausfordernde Themen gestellt.

Die Vorsitzende hat es ausgeführt, die informellen und formellen Verfahren auf Landes- und Kommunalebene haben uns in der dritten und letzten Phase der Enquete-Kommission beschäftigt. Natürlich ging es dabei auch um Quoren, Negativkataloge, Fristen und Unterschriftenlisten.

Ich möchte jedoch gleich voranstellen, dass genau diese Aspekte relativ kleine Mosaiksteine beim Gesamtbild der Bürgerbeteiligung bilden. Bürgerbeteiligung ist nämlich mehr als Quoren und deren Absenkung. Ich denke, da kann ich für fast alle Kolleginnen und Kollegen der Enquete-Kommission sprechen.

Fragen der Beteiligungsgerechtigkeit zum Beispiel sind essenziell. Wen beteilige ich? Wann und wie erreiche ich die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen? Wie beteiligen wir, ohne dass Menschen mit Behinderungen, Berufstätige, junge Menschen, Menschen mit Migrationshintergrund ausgeschlossen werden, sondern vielmehr in unsere Beteiligungsprozesse mit eingebunden werden?

Unsere Demokratie- und Beteiligungskultur muss sich diesen, sich in den letzten Jahren entwickelten neuen heterogenen Voraussetzungen für die Beteiligung annehmen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Demokratie entwickelt sich weiter.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Auch die Herausforderungen des digitalen Wandels stellen die demokratischen Prozesse vor völlig neue Kommunikations-, Transparenz- und Beteiligungsaufgaben. Politik, Verwaltung, Medien und gesellschaftliche Gruppierungen fast jedweder Art mussten in den letzten Jahren feststellen, dass sich die Anforderungen an unsere Demokratie gewandelt haben, um zugleich aber auch zu erkennen, dass in der Partizipation der Bürgerinnen und Bürger große Chancen liegen und die Einführung direktdemokratischer Elemente nicht das Ende unserer repräsentativen Demokratie bedeuten, sondern im Gegenteil, darin auch eine Chance der Stärkung unserer Demokratie in sich trägt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir war es sehr wichtig, das noch einmal voranzustellen, auch, weil ich heute

Morgen im Radio die Vorberichterstattung des SWR zu unserer heutigen Sitzung gehört habe und ich den Eindruck gewinnen musste, als hätten wir uns in den letzten drei Jahren immer nur über die Absenkung von irgendwelchen Quoren unterhalten.

(Frau Klöckner, CDU: Das stimmt!)

Das wird der Sache einfach nicht gerecht.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Noch einmal: Es ist ein kleiner Teilaspekt des Themas, aber bei Weitem nicht die entscheidende Frage. Die Vorstellung, dass mit der Absenkung von Quoren die Bürgerbeteiligung auf Landes- und kommunaler Ebene plötzlich explodiert, ist absolut illusorisch. Alle Absenkungen in Nachbarländern, aber auch in Rheinland-Pfalz belegen das Gegenteil. Warum ist das so?

Bürgerbeteiligung funktioniert vor allem über informelle Verfahren.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Sehr richtig!)

Kommt es zu formellen Verfahren, haben Vorstufen oft nicht ausreichend gegriffen.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Ja!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben sehr konkrete Vorschläge zur informellen Beteiligung vorgelegt. Unser Schwerpunkt liegt hierbei klar auf der Landesebene. Übergeordnetes Ziel muss es sein, dass wir es auf Landesebene schaffen, noch umfassender und noch früher in Beteiligungsprozesse einzusteigen.

(Vereinzelt Beifall bei SPD, CDU und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Als Mittel der Wahl bieten sich unserer Ansicht nach hierfür aleatorische Verfahren an und sind einer reinen Betroffenenbeteiligung – das haben eigentlich alle Anhörungen belegt – in der Regel vorzuziehen.

Wir haben uns als Enquete-Kommission die Arbeit gemacht, alle Beteiligungsverfahren, die im Rahmen der kommunalen Verwaltungsreform gemacht wurden, noch einmal anzuschauen. Die Erkenntnis hieraus war, dass das aleatorische Verfahren zu Beginn der Reform richtig war, die Schwächen und die Missverständnisse in der weiteren Folge aufgetreten sind: Unklarheit über die Möglichkeit der Bürgerbeteiligung, des Bürgerentscheids vor Ort, stark interessensgesteuerte Fragestellungen bei Abstimmungen und daraus resultierende Instrumentalisierung der Bürgerbeteiligung durch Parteien jeglicher Couleur, Verwaltungen und auch der Bürgerschaft. Das gehört zur Wahrheit unserer Bestandsaufnahme einfach dazu.

Was war denn der große Kritikpunkt? Der große Kritikpunkt seitens der Kommunen war, es fehlt an Beratung, und es fehlt an Hilfestellung. Das heißt nicht, dass es sie nicht gab. Nur war die Argumentationskette dann natürlich auch, einfach zu sagen: Das Land will die Reform,

das Land berät uns in Sachen Bürgerbeteiligung. Das passt irgendwie nicht so richtig zusammen. –

Das ist auch ein Punkt, den wir in unserer Beratung immer wieder intensiv diskutiert haben. Wie können wir es als Land Rheinland-Pfalz, als Parlamentarier gewährleisten, dass es eine neutrale Beratung der Bürgerinnen und Bürger in Sachen Bürgerbeteiligung gibt? Hier können wir also besser werden und Hilfestellungen zur Verfügung stellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir möchten deshalb eine Servicestelle für Bürgerbeteiligung, eine Stelle etablieren, die einen einheitlichen Instrumentenkasten und konkrete Unterstützung bieten kann, die neutral mit Pro und Kontra versehene Informationsgrundlagen für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stellt und zur Versachlichung der Diskussion beitragen kann. Wir könnten uns vorstellen, dass eine solche Stelle an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften angesiedelt werden kann. Damit wären die Neutralität und die wissenschaftliche Begleitung gewährleistet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Empfehlungen für die informelle Beteiligung auf kommunaler Ebene fallen deutlich schmaler aus. Das ist aus gutem Grund so. Fast alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in unserem Land sind Experten in Sachen informelle Bürgerbeteiligung.

Im Abschlussbericht ist nachzulesen, wie viele informelle Verfahren die kommunale Ebene in unserem Land tagtäglich anwendet, und zwar nicht erst seit gestern, sondern seit vielen Jahren. Das ist nicht so, weil es den Leuten in den Kommunen langweilig wäre, sondern weil man vor Ort weiß, dass es nur so gehen kann. Wenn ich erfolgreich in einer Kommune gestalten möchte, dann ist die frühzeitige Einbindung der Bürgerinnen und Bürger das A und O. Nur so kann die Identifizierung und Akzeptanz für kommunale Maßnahmen gewährleistet werden.

Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen und den kommunalen Spitzenverbänden Leitlinien für qualitativ gute Bürgerbeteiligung als Zielvereinbarung auf den Weg bringen. Hierbei geht es um noch bessere Verzahnung von formellen und informellen Verfahren. Das Rad müssen wir an dieser Stelle keineswegs neu erfinden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Neben den informellen Verfahren gibt es natürlich auch die formellen Verfahren für die kommunale Ebene und die Landesebene. Hier haben wir vor allem Quoren, Negativkataloge und Unterschriftensammlungen in den Blick genommen. Für die direkte formelle Beteiligung auf Landesebene können wir uns vorstellen, dass wir die Zahl der notwendigen Unterschriften für ein Volksbegehren auf 3 % der Stimmberechtigten absenken, das wären ca. 100.000 Wahlberechtigte, eine Verlängerung der Eintragungsfrist für die Unterschriften auf sechs Monate vornehmen, die freie Unterschriftensammlung außerhalb der Gemeindeverwaltung und die digitale Unterschriftensammlung prüfen, die Mindestbeteiligung von 25 % bei Volksbegehren durch ein möglichst niedriges Zustim-

mungsquorum ersetzen. Damit würden wir erhebliche Hürden beseitigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Bereich der formellen Verfahren seitens der Kommunen möchte ich auch mit Hinblick auf den anwesenden und von mir außerordentlich geschätzten Oberbürgermeister Kissel, der die Enquete-Kommission mit Argusaugen und Luchsohren begleitet hat, erneut bekräftigen, Bürgerbeteiligung geht immer nur gemeinsam. Kommune und Land müssen gemeinsam die Überlegungen der Enquete-Kommission zur Ausweitung der formellen Bürgerbeteiligung diskutieren und auf den Weg bringen.

Die Vorschläge der Enquete-Kommission sind meiner Ansicht nach maßvoll und gehen besonders auf die bisherige Regelung des Unterschriftenquorums und das damit einhergehende Ungleichgewicht der Städte ein. Die vorgeschlagene Staffelung sieht notwendige Unterschriften von 9 % bei 10.000 Einwohnern vor und 5 % bei allen über 100.000 Einwohnern. Das Zustimmungsquorum würden wir gerne bei 20 % bei 50.000 Einwohnern sehen und bei allen über 50.000 Einwohnern bei 15 %.

Natürlich haben wir auch den Negativkatalog und die Kostendeckungsvorschläge diskutiert. Da wird man im Gespräch bleiben müssen.

Wir denken, insgesamt haben wir maßvolle Vorschläge vorgelegt und freuen uns auf die parlamentarischen Beratungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wir möchten es natürlich nicht versäumen, uns beim Wissenschaftlichen Dienst für die umfassende und zuverlässige Betreuung der Enquete-Kommission zu bedanken. Ebenfalls geht ein großes Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen, ohne die unsere Arbeit sicherlich nicht zu bewältigen gewesen wäre, und an die Sachverständigen der Fraktionen, die unsere Diskussionen und Ergebnisse sehr bereichert haben. Nicht vergessen möchte ich die Landesregierung, die uns immer mit sehr ausführlichen Vorlagen versorgt hat und durch ihre Beiträge zum Erfolg dieser Enquete-Kommission beigetragen hat.

Für die Zusammenarbeit mit der CDU möchten wir uns als Koalition ebenfalls bedanken. Wir hatten zu 95 % konstruktive Diskussionen und immer ein sehr kollegiales Miteinander.

(Beifall der SPD, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU)

Zuletzt möchten wir uns als SPD-Fraktion bei der Vorsitzenden, Frau Schellhammer, ganz herzlich bedanken. Du hast die Enquete-Kommission stets vorbildlich geführt, in ganz maßgeblicher Art und Weise strukturiert und moderiert. Die Enquete-Kommission war für uns alle ein sehr bereichernder Prozess, anstrengend, aber hoch interessant, komplex, aber nie verkopft oder zu abstrakt.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem die Sachverständigen komplett auf der Besuchertribüne anwesend sind, darf ich Sie sehr herzlich begrüßen, und zwar Herrn Universitätsprofessor Dr. Ulrich Karpen, Frau Valentina Kerst und Herrn Oberbürgermeister Michael Kissel. Herzlich willkommen und herzlichen Dank!

(Beifall im Hause)

Ich darf weitere Gäste begrüßen, und zwar Schülerinnen und Schüler der Berufsbildenden Schule Montabaur. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ferner darf ich den Soroptimist Club Frankenthal begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Für viele, die diese Vereinigung nicht kennen, sage ich, das sind die Damen von Lions. Das hat mir meine Verwaltung gesagt.

(Zurufe der Abg. Frau Klöckner und Baldauf, CDU)

– Das klären wir noch. Wir werden es Ihnen dann mitteilen.

Herr Kollege Lammert hat das Wort.

Abg. Lammert, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sprechen heute nach rund drei Jahren über den Abschlussbericht der Enquete-Kommission. Es gab unzählige Sitzungen und Anhörungen. Arbeitskreise haben stattgefunden.

Ich will mich zunächst an dieser Stelle bei allen Kolleginnen und Kollegen in der Enquete-Kommission für die durchaus konstruktive Zusammenarbeit bedanken. Ich will das auch bei den Sachverständigen tun, die uns immer hilfreich zur Seite gestanden haben. Darüber hinaus will ich mich insbesondere bei meinen Kolleginnen von der CDU-Fraktion, die in der Enquete-Kommission waren, Frau Marlies Kohnle-Gros, Frau Ellen Demuth, sowie bei den Kollegen Herrn Markus Klein, Herrn Wolfgang Reichel und Herrn Johannes Zehfuß und auch bei unseren beiden Sachverständigen Professoren, Herrn Professor Lohrig und Herrn Professor Karpen, bedanken.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Nach so vielen Jahren darf man das ein bisschen ausführlicher machen.

Lassen Sie mich zu Anfang das Thema Bürgerbeteiligung mit drei Schlaglichtern kurz eingrenzen. Sie kennen auf der Internetseite des Landtags den Satz: „Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Tyrannei auf.“

Ich nenne einen zweiten Punkt. Der Philosoph Karl Popper sagte einmal: „Eine Mehrheitsdiktatur kann für die Minderheit fürchterlich sein.“

Ich nenne den dritten Punkt: „not in my backyard“, zu Deutsch, nicht vor meiner Haustür. Viele charakterisieren nämlich so manche Bürgerbeteiligungsbewegungen, die gerade große Infrastrukturprojekte blockieren.

Das sind drei Sätze, die deutlich machen, dass es mit der Bürgerbeteiligung nicht so einfach ist, wie es auf den ersten Blick scheint. Mancher will nicht, weil er vielleicht schläft. Wir wollen ihn auch nicht zwingen. Auch eine Mehrheit – das ist auch wichtig – lässt sich letztendlich nicht immer durchsetzen. Es ist nicht immer einfach zu sagen, was Gemeinwohl ist.

Die verfasste Demokratie mit Repräsentanten, Gewaltenteilung, Minderheitenschutz, Rechtsschutz usw., all diese Mechanismen unserer Verfassung tragen Sorge dafür, dass wir nicht in einer sogenannten Volksdemokratie, sondern in einer rechtsstaatlichen Demokratie leben. Wir alle, die wir in der bürgerlichen und freiheitlichen Demokratie Politik machen, sind auf Partizipation angewiesen; denn aus der Partizipation, also auch aus den Wahlen – diese sind auch Partizipation –, ziehen wir unsere Legitimation. Das ist völlig klar.

Bürgerbeteiligung, so wie wir sie in der Enquete-Kommission behandelt haben, ist eine besondere Ausprägung der Partizipation. Es ist aber nicht die einzige, aber eine wichtige.

Ich sage noch etwas zur Bürgerbeteiligung als Instrument, um der Politikverdrossenheit zu begegnen. Dafür ist sie aus unserer Sicht nicht unbedingt geeignet. Es gibt beispielsweise einen Leserbrief – man könnte viele Leserbriefe aufführen – aus der „Rhein-Zeitung“ vom November letzten Jahres, der zum Ausdruck gebracht hat, die Bürger sind nicht politikverdrossen, aber sie haben das Vertrauen in die Politiker verloren, weil sie offenkundig meinen, die Politiker haben nicht das Wohl der Bürger im Auge, sondern den eigenen Machterhalt.

Hier müssen wir uns sicherlich auch immer alle Dinge vorhalten. Hier gibt es leider auch im Land einige Beispiele dieser Art, ob jetzt Nürburgring oder auch Personalpolitik nach Gutsherrenart bei Besetzungen von Präsidentenstellen beim Oberlandesgericht oder jüngst die Besetzung des Vizepräsidenten beim Landesrechnungshof.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nichtsdestotrotz, jedes Bemühen, mehr Bürger in die Gestaltung des Gemeinwesens einzubinden, ist es wert, mit Leidenschaft weiter verfolgt zu werden. Die Enquete-Kommission hat hier ohne Frage einen ganz wichtigen Beitrag geleistet und sich auch entsprechend die Problematik angeschaut. Aber bei allem Engagement, wie

das im politischen Leben letztendlich ist, Anspruch und Wirklichkeit laufen allzu oft auseinander.

(Pörksen, SPD: Heute besonders!)

Das nagt dann natürlich wiederum an der Glaubwürdigkeit. Das ist Voraussetzung für das Vertrauen, und Vertrauen ist die wichtigste Voraussetzung für Bürgerbeteiligung.

(Beifall der CDU)

Da hilft es wenig, wenn die SPD-Generalsekretärin auf Bundesebene mit dem abwegigen Vorschlag kommt, gegen die Wahlverdrossenheit machen wir dann einfach eine Wahl und verlängern die auf eine gesamte Woche, oder wenn Herr Özdemir von den GRÜNEN als Rezept gegen geringe Wahlbeteiligung kommt und einfach dahersagt, dass den jungen Menschen der Wert von Demokratie in der Schule vermittelt werden muss. Das hört sich vielleicht alles gut an, aber ist das denn so? Wir hatten auch immer wieder viele Themen diskutiert. Ich will sie auch nur schlaglichtartig hier ansprechen, weil es von der Zeit her gar nicht anders machbar ist.

Da wären zum einen die politische Bildung und auch das Wahlalter mit 16. Die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre nutzt aus unserer Sicht nicht als Zauberformel gegen Politikverdrossenheit, um das ganz klar zu sagen.

(Beifall der CDU)

Wir wollen auch keine Entkoppelung des Wahlrechts von der Volljährigkeit, ganz abgesehen davon, dass ein Interesse bei weiten Teilen der 16- bis 18-Jährigen zum Teil auch in der Tat hinterfragt werden muss. Das erlebt man bedauerlicherweise ab und zu auch in den entsprechenden Diskussionen.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Das wird von den über 18-Jährigen auch hinterfragt!)

Was in jedem Fall auch verbessert werden müsste – das haben wir immer wieder angemahnt –, ist, der Unterricht müsste hier ein Stück weit vorgezogen werden. Das müsste auch mit mehr Lehrkräften unterfüttert werden. Das geschieht aber leider nicht. Zumindest können wir das nicht erkennen. Da gibt es sicherlich einige Dinge, die man hier besser machen könnte, als letztendlich nur mit dem Schaulaufen des Wahlalters mit 16 Jahren.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch über das Kommunalwahlgesetz und über Änderungen im Kommunalwahlgesetz haben wir uns unterhalten. Ich glaube, da sind wir uns alle einig, eine gendergerechte Demokratie wollen wir alle. Wir sind uns auch alle einig, dass Frauen – hier im Parlament ist das Gott sei Dank verbessert worden – gerade in der Kommunalpolitik leider unterrepräsentiert sind. Der von Rot-Grün eingebrachte Gesetzentwurf – damals zur Kommunalwahl – hat vor dem Verfassungsgericht nicht standgehalten, obwohl wir

das von Anfang an gesagt hatten und auch andere Vorschläge gemacht haben.

(Beifall der CDU)

Bis heute gibt es keine konkrete Auswertung dieser Kommunalwahl, wie es jetzt mit Frauenanteil usw. aussieht. Darüber hätte man auch schon einmal sprechen können und müssen.

(Vereinzelt bei der CDU)

Es ist bedauerlich, dass das letztendlich noch nicht erfolgt ist. Wir, die CDU, setzen auf Überzeugen statt Aufzwingen. Wir wollen den politischen Diskurs. Das ist uns in der Tat ganz wichtig. Wir hatten auch Beispiele eingebracht. Viel zielführender könnten wir uns vorstellen, dass zum Beispiel die Vorabversendung des Wahlzettels für die Kommunalwahl an alle Wahlberechtigten nach dem Vorbild von Baden-Württemberg erfolgen sollte, was Sie leider mit Ihrer Mehrheit verhindert haben.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD)

Wenn ich mir die Bürgerbeteiligung anschau – da geht auch die Landesregierung immer ganz vorneweg –, dass Sie gerade in der Fusionsdebatte in der Kommunalreform nicht gerade Ihr Meisterstück abgeliefert haben, wissen Sie selbst.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Da ist mit Bürgerbeteiligung nicht gerade ein Eckstein in der kommunalen Landschaft gesetzt worden. Ein Beleg für fehlende Bürgerbeteiligung ist allein schon die Zahl von anhängigen Fusionsklagen, mit denen Sie sich letztendlich beschäftigen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eigentlich sollten wir darüber im Zusammenhang mit der Enquete-Kommission gar nicht mehr reden, und zwar über das sogenannte Transparenzgesetz; denn die Landesregierung hat nach dem Motto „Was schert uns der Landtag“ bereits Fakten geschaffen und einen Referentenentwurf in die Welt gesetzt und im Grunde genommen auch immer wieder ein Stück weit kommuniziert. Übrigens – ich glaube, dass ging auch allen ein Stück weit so – hat von Beginn an die Staatskanzlei, bevor die Enquete-Kommission erstmalig ihre Arbeit aufnehmen konnte, obwohl die Einsetzung schon war, immer wieder Verlautbarungen, Begutachtungen, Veranstaltungen parallel zu der Enquete-Kommission gefahren. Das fanden wir zum Teil alle in der Enquete-Kommission nicht besonders schön. Vor diesem Hintergrund will ich das auch so ansprechen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Transparenz schafft Vertrauen. Deshalb sind wir durchaus für einen Paradigmenwechsel von der Holschuld zur Bringschuld, von der Informationsfreiheit zur Transparenz. Da sind wir

uns sicherlich einig. Wenn ich mir aber den Referentenentwurf anschau, kann ich nur sagen, dass aufgepasst werden muss, dass diese Vision nicht zu einer Seifenblase wird.

(Beifall bei der CDU)

Auch hier machen Sie wieder einmal die Rechnung vor allem ohne die Kommunen. Die sind nämlich letztendlich die Leidtragenden, die es dann wieder ausbaden müssen. Da steht ganz oben das Konnexitätsprinzip.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Da gibt es auch kommunale Beschlüsse aller kommunalen Vertreter, die das auch schon wieder anmahnen, was da umgesetzt wird. Die CDU hat in der Enquete-Kommission empfohlen, das Transparenzgesetz sehr wohl parallel zu E-Government zu entwickeln. Dabei bleiben wir. Dazu gehört aber auch der flächendeckende Ausbau in Breitband, weil sich ansonsten jemand, der kein Breitband hat, mit E-Government und sonstigen Dingen nicht entsprechend beschäftigen kann.

(Beifall bei der CDU –
Pörksen, SPD: Oettinger!)

Ich will die Auflistung abkürzen. Es gäbe in diesem Bereich noch viel zu sagen. Im Grunde genommen merkt man manchmal, dass die Punkte nur genehm sind, wenn es in Ihre speziellen Pläne passt, dass man dann Bürgerbeteiligung nach vorne stellt.

(Schweitzer, SPD: Wir haben eben Vorstellungen,
die haben Sie nicht! –
Noss, SPD: Ihr seid da ganz anders!)

Wir haben einige Anmerkungen auch in unserer abweichenden Meinung vorgebracht.

(Schweitzer, SPD: Keine abweichende Meinung,
sondern eine ausweichende Meinung!)

Unsere Position lässt sich im Grunde genommen – wie oben schon angesprochen – klar verdeutlichen. Zum einen: Die direkte Demokratie ist für uns eine Ergänzung der repräsentativen Demokratie, und der politische Diskurs kommt aus unserer Sicht vor einer Regulierung. Wir wollen überzeugen, und wir wollen nicht erzwingen und regulieren. Das gilt wiederum natürlich auch für die Kommunen.

Eine Verrechtlichung engt Handlungsspielräume ein. Wichtig ist vielmehr ein permanenter politischer Diskurs in der Öffentlichkeit, der verdeutlicht, dass repräsentative Demokratie und Bürgerbeteiligung im Grunde genommen zwei Seiten derselben Medaille sind. Ich finde, auch das gehört einmal gesagt.

(Beifall der CDU)

Schließlich lehnen wir auch Veränderungen ab, die mit heißer Nadel gestrickt sind. Wir wollen die Chance nicht vertun, mit den Beteiligten vor Ort auch gemeinsam zu Zielvereinbarungen zu kommen. Gerade auch bei den Kommunen gibt es da durchaus größere Möglichkeiten.

Wir haben auch über andere Dinge wie Bürgerhaushalte gesprochen. Das sind für uns rein informelle Verfahren. Auch hier sehen wir keine Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung. Wir sagen aber auch, wer einen Bürgerhaushalt vor Ort machen möchte, ist da durchaus frei in seiner Möglichkeit. Es gibt verschiedene Beispiele im Land. Das sind durchaus auch positive Beispiele. Wir wollen es aber nicht erzwingen. Aufwand und Ertrag müssen immer in einem vertretbaren Verhältnis zueinander stehen. Auch das ist ganz wichtig. Das gehört auch dazu.

Die informelle Beteiligung in den Kommunen als Pflicht in die Kommunalverfassung aufzunehmen, ist aus unserer Sicht nicht zielführend, weil wir auch hier wieder die Möglichkeit und die Vielfalt der Kommunen haben wollen und auch die kommunale Selbstverwaltung nicht aushöhlen wollen.

(Haller, CDU: Deswegen eine Zielvereinbarung!)

– Lieber Kollege Haller, die ist ja freiwillig. Die Kommune muss letztendlich selbst entscheiden können, auf welchen Politikfeldern sie die Mitgestaltungsmöglichkeiten und Mitentscheidungsmöglichkeiten entwickeln will.

(Beifall der CDU)

Was die direkte Beteiligung angeht – Bürgerentscheide usw. –, gab es auch Diskussionen. Da ist gerade auch etwas vorgetragen worden. Wir halten es nach 2010 für völlig ausreichend und wollen da bei den Kommunalen auf kommunaler Ebene nichts machen. Die kommunale Selbstverwaltung ist ein viel zu hohes und kostbares Gut, als dass wir hier jetzt irgendwelche Experimente machen.

(Beifall bei der CDU)

Die brauchen auch keine Belehrung. Im Übrigen ein wörtliches Zitat eines der Sachverständigen, des Oberbürgermeisters von Worms, Herrn Kissel. Dem kann man nur zustimmen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Es gibt auch andere SPD-Kommunalpolitiker, die das kritisieren. Der Vorsitzende der Kommunalen in der SPD sieht ebenfalls große Probleme und sieht ebenfalls hier die Gemeinderäte geschwächt und möchte hier auch nicht diese Veränderungen. Ganz ehrlich muss man auch sagen, wir wollen hier von dieser Seite zunächst einmal abwarten, was sich da vielleicht in den letzten Jahren getan hat.

Bürgerbeteiligung muss auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den öffentlichen Verwaltungen ein Stück weit noch zum zentralen Bestandteil von Aus- und Fortbildung werden. Auch das ist ganz wichtig, damit es entsprechend funktioniert. Auch da gibt es einiges in den Ministerien und in den Verwaltungen zu tun.

Bei den direktdemokratischen Verfahren werden zum Teil hohe Erwartungshaltungen gegenüber diesen direktdemokratischen Verfahren erwartet. Da muss man immer schauen, ob das Gemeinwohl auf der einen Seite

mit einem gewissen Gruppenegoismus auf der anderen Seite einhergeht. Hier darf nicht der lauteste Schreier der sein, der gewinnt. Da muss man das schon etwas abwägen und schauen, dass das in einem Einklang bleibt.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen wollen wir das in aller Ruhe – so haben wir das auch angegeben – beraten und abwägen. Wir sind durchaus auch in der Diskussion, ob man niedrigere Hürden machen kann oder nicht. Vor diesem Hintergrund haben wir gesagt, man kann es erwägen, das Quorum bei Volksbegehren vielleicht von 300.000 Unterschriften auf 200.000 Unterschriften abzusenken. Auch bei der Verlängerung der Eintragungsfristen haben wir gesagt, dass wir uns das durchaus vorstellen können. Das muss man prüfen. Auch eine längere Werbekampagne kann dazu führen, dass dies entsprechend besser ist.

Aber die Unterschriftenabgabe wollen wir nach wie vor nach Möglichkeit an seriösen Stellen machen und nicht, wie hier von der Generalsekretärin der SPD vorgeschlagen, im Lebensmitteldiscounter. Das kann nicht sein. Das wollen wir auf keinen Fall. Das kann ich Ihnen schon sagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir erwarten aber auch, und das will ich ganz deutlich sagen, dass die Mehrheit in diesen Fragen weiter mit uns spricht, und zwar über ein Gesamtpaket. Da will ich Ihnen sagen, nicht immer nur dort, wenn Sie uns für eine Verfassungsänderung brauchen. Dann sind wir Ihnen gut genug, ansonsten wird nicht gesprochen, und unsere Gesetzentwürfe werden mehr oder weniger abgelehnt. Das kann nicht sein.

(Beifall bei der CDU)

Hervorheben möchte ich noch ganz kurz zu Ende meiner Ausführungen die kontroversen Großprojekte, Großvorhaben. Glaubwürdigkeit ist bei diesen Verfahren, dass man die Beteiligung frühzeitig ansetzt, frühzeitig, wenn es noch Möglichkeiten von mehreren Verwirklichungsvarianten gibt, und nicht erst, wenn schon alles entschieden ist. Da gäbe es vieles.

Auch die Wirtschaftsverbände haben in ihrer Anhörung gesagt, dass sie sehr wohl offen sind und gerne etwas machen würden. Vor dem Hintergrund sollte man gerade bei umstrittenen Großprojekten auf die Bürgerbeteiligung setzen.

Wir glauben, ich glaube auch, dass wir wenigstens und gerade in den letzten Monaten und Jahren eine Menge gelernt haben, vor allem von den sachverständigen Mitgliedern und Experten. Wir müssen dranbleiben und uns immer fragen, leisten wir genug, um die Bürger zur Partizipation zu ermutigen. Dazu gehört auch – das will ich abschließend schon deutlich sagen –, dass die rot-grüne Landesregierung ein Stück weit dem Verdacht entgegenwirken muss, dass Bürgerbeteiligung nur dann

zelebriert wird, wenn es gerade passt. Das kann nicht sein.

(Beifall bei der CDU)

Denn wenn wir den Bürgern die Politik verweigern und ihre Anliegen in Zukunft nicht ernst nehmen, dann verweigern uns die Bürgerinnen und Bürger – wie zum Teil bereits geschehen – die Politik, bleiben zu Hause und sind bei Wahlen nicht anwesend. Das wäre eine fatale Situation. Deswegen müssen wir positiv in die Zukunft schauen und einige Dinge entsprechend mit umsetzen, aber es gilt auch, ein Stück weit den Blick und die Ruhe zu bewahren.

Herzlichen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, die versprochene Klarstellung zu Soroptimist. Es ist ein Frauenverband. Er unterstützt keine politischen Parteien oder Religionen, engagiert sich jedoch im lokalen, nationalen und internationalen Bereich für eine aktive Teilnahme an Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen der Gesellschaft. Jetzt sind wir auch in dieser Frage etwas schlauer geworden. Nochmals herzlich willkommen!

(Beifall im Hause –
Zuruf von der CDU: Bravo!)

Jetzt haben wir eine Kurzintervention von Herrn Kollegen Haller. – Bitte schön.

Abg. Haller, SPD:

Herr Präsident! Lieber Kollege Lammert, ich glaube, wir hätten uns alle gewünscht, Sie hätten Ihren parteipolitischen Dämon noch etwas länger bezwingen können. Wir haben viel von Ihnen gehört, was alles falsch ist und was nicht funktioniert. Aber eigene Vorschläge, sind das, was ich bei Ihnen immer vermisse.

(Dr. Weiland, CDU: Sie müssen zuhören! –
Zurufe aus dem Hause)

Wir waren so mutig und haben in allen Bereichen konkrete Vorschläge, konkrete Zahlen genannt. Da hört man von Ihnen überhaupt nichts. Außer Allgemeinplätzen haben wir nichts gehört.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich wollte es Ihnen eigentlich ersparen, aber wen es wirklich interessiert, der kann sich die unterschiedlichen Stellungnahmen der Fraktionen anschauen. Da sage ich Ihnen, da brauchen Sie nicht viel Zeit in die Vorschläge der CDU-Fraktion zu investieren. Das ist ein ganz dünnes Blättchen. Zehn Minuten dürften reichen.

(Lammert, CDU: Unverschämtheit!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was auch wieder aufgetaucht ist, ist dieses ominöse Gesamtpaket. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal ins Gedächtnis rufen, drei Jahre, viel Zeit, viel Arbeit haben wir investiert. Wir haben es geschafft, auch bei gelegentlichen Meinungsverschiedenheiten, immer ein konstruktives Miteinander zu bewahren. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten wir bitte auch in der Phase der parlamentarischen Umsetzung bewahren. Es geht um nichts weniger als um die Weiterentwicklung und die Ausdifferenzierung unserer Demokratie. In diesem Sinne müssen wir uns ein Stück weit disziplinieren, nicht gleich von vornherein, bevor es losgeht, von Gesamtpaketen reden, wo klar ist, okay, ihr gebt uns etwas, und dann machen wir mit. Da machen wir es uns alle ein Stück zu einfach und werden unserer Verantwortung als Parlamentarier keineswegs gerecht.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte doch sehr darum bitten, dass wir jetzt in die parlamentarischen Beratungen gehen, unsere Anträge angemessen diskutieren und nicht von vornherein sagen, ja, wir machen mit, aber es kostet etwas. So funktioniert es nicht.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –

Dr. Weiland, CDU: Was war das denn jetzt?)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort zur Erwidern hat Herr Kollege Lammert.

(Unruhe im Hause)

Abg. Lammert, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Unruhe im Hause –
Glocke des Präsidenten)

Lieber Kollege Haller, ich denke, wir sind uns schon einig, dass wir uns in der Enquete – das ist von der Vorsitzenden zu Recht gesagt worden – in Abstimmungen und sehr wohl in Verfahrensfragen konstruktiv an die Regularien gehalten haben. Es gab immer den entsprechenden Austausch. Es ist doch wohl in einer Demokratie normal, dass wir kontrovers diskutieren dürfen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wenn nicht in einer Enquete, wann denn dann? Warum sollen wir da nicht einmal diskutieren dürfen?

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Es ist doch ganz klar, dass wir bei weiteren Dingen entsprechend im Gespräch bleiben wollen. Das war lediglich mein Hinweis, wenn Sie sich den Abschlussbe-

richt und unsere abweichende Meinung anschauen und so lapidar sagen, ein paar Sekunden oder ein paar Minuten.

(Pörksen, SPD: Zehn Minuten! –
Frau Klöckner, CDU: Unverschämt!)

Da sind sehr wohlfeile Vorschläge drin, ob, was ich jetzt gesagt habe, mit der Absenkung der Stimmzettel, dem E-Voting, oder beispielsweise die Absenkung des Wahlalters bei Wahlen von Bürgermeistern und Landräten. Es ist eine Reihe von konkreten Punkten drin. Aber auch bei den Kommunen haben wir einiges hineingeschrieben, und – wie ich es gesagt habe – bei den Beteiligungsverfahren Volksbegehren, Volksentscheid sind wir sehr wohl sehr konkret geworden und haben einiges gesagt. Da sind wir übereingekommen und haben das bei uns in unseren Arbeitsgruppen und in der Fraktion diskutiert, Rheinland-Pfalz ist in Sachen Bürgerbeteiligung gar nicht so schlecht aufgestellt. Auch das gehört einmal gesagt. Da ist vieles gut gemacht worden. In anderen Ländervergleichen liegen wir sehr gut und sogar sehr wohl sehr gut. Deswegen muss nicht immer alles, was gut ist, gleich verändert werden, weil man jetzt unbedingt verändern will.

(Beifall bei der CDU)

Auch das gehört dazu, lieber Kollege Haller, liebe SPD-Fraktion.

Gesamtpakete, mein Gott, da werden wir einmal schauen, was jetzt kommt. Ich weiß gar nicht, was für Gesetzesinitiativen kommen. Das ist zunächst einmal ein Bericht einer Enquete. Das ist kein Gesetz. Auf der anderen Seite gab es aber schon Gesetzentwürfe oder einen Beschluss vonseiten der Landesregierung, die da sind. Aber das ist in dem Sinne noch nichts Konkretes, zumindest nichts parlamentarisch Konkretes in Gesetzesvorlage oder sonst etwas.

Also deswegen bleiben wir einmal ganz ruhig, warten wir es ab. Ich denke, wir sind da insgesamt auf einem guten Weg, und wir lassen uns da von Ihnen nicht entsprechend belehren.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, bevor ich das Wort weitergebe, darf ich noch einmal darum bitten, dass wir den Lärmpegel etwas absenken. Die Dolmetscherin hat darum gebeten. Es ist sehr schwer für sie, das alles nachzuempfinden und aufzunehmen, damit sie es entsprechend dolmetschen kann.

Jetzt hat Herr Kollege Heinisch vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Abg. Heinisch, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Bericht der Enquete-Kommission

„Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie“ habe wir eine gute Grundlage erarbeitet, um die demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten in Rheinland-Pfalz zu verbessern.

Ich hätte mir eigentlich gewünscht, dass der Geist aus dieser Enquete-Kommission sich hier auch stärker in dieser Plenardebatte wiederfindet. Wir haben gemeinsam Expertinnen und Experten angehört. Wir hatten von den Fraktionen benannte Sachverständige. Teilweise waren es sogar eher die Sachverständigen, die Externen, in der Enquete-Kommission, die den Pfeffer in die Debatte gebracht haben als die Parteipolitischen. Es war teilweise eher so, dass jetzt Kontroversen aufgekommen sind, die ich mir in der Enquete-Beratung gewünscht hätte.

Die werden jetzt beim Schlussbericht hereingebracht. Ich denke, das wird dem Geist nicht gerecht, in dem wir lange diskutiert haben. Das wird auch den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie den Praktikern nicht gerecht, die in der Enquete-Kommission als Expertinnen und Experten präsent waren,

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Jetzt überziehen Sie!
Eine Meinung darf man schon noch haben!)

die sich bei Vorlagen Mühe gegeben haben und die uns Futter für unsere Diskussionen gegeben haben. Ich denke, da müssen wir einfach einmal über das kleine Karo hinaus kommen, noch parteipolitische Kontroversen hineinzujubeln und den Nürburgring reinzuknoten. Darüber diskutieren wir viel, das ist auch gut, aber das brauchen wir nicht bei diesem Abschlussbericht. Hier wollen wir über Demokratie reden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Eine starke Demokratie braucht aktive Beteiligung. Deswegen ist der Titel der Enquetekommission und des Einsetzungsbeschlusses gut gewählt worden. Dafür brauchen wir gute Grundlagen. Eine Grundlage ist die Transparenz. Ich möchte einmal auf den Aspekt eingehen, wann etwas beschlossen wird und wann welche Gesetzentwürfe vorbereitet werden.

Wir hatten im Zwischenbericht dargestellt, dass wir ein Transparenzgesetz wollen, damit die Verwaltung weiter mit offenen Karten spielt

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Es hat geheißen, dass das Informationsfreiheitsgesetz weiterentwickelt wird!
Das ist ein Unterschied!)

– genau, das weiterzuentwickeln –, damit Leute auf Antrag Informationen von öffentlichen Stellen bekommen und damit die öffentlichen Stellen zunehmend dazu übergehen, von sich aus Informationen ins Netz zu stellen, um nicht nur auf Antrag, sondern von sich aus diese Transparenz herzustellen. Das haben wir beschlossen.

Wie wollen wir denn bei so einem komplizierten Prozess innerhalb einer Legislaturperiode noch Dinge umsetzen, wenn nicht nach einem Zwischenbericht, den wir hier beraten haben, die Arbeiten zur Umsetzung beginnen? –

Dann würden wir im Grunde genommen innerhalb der Legislaturperiode nicht mehr zu einer Umsetzung kommen. Dann läge der Bericht letztlich bei den Akten. Dann wäre ein neuer Landtag gewählt. Wir wollen schon in dieser Legislaturperiode einzelne Dinge umsetzen und nicht sagen, dass wir schön darüber geredet haben, aber gar nicht mehr die Zeit haben, Dinge auf den Weg zu bringen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Neben dem Grundsatz der Transparenz war für uns das Thema soziale Dimension von Beteiligung ganz wichtig. Da war es zum Beispiel auch wichtig, über Kinder- und Jugendbeteiligung zu reden. Da war es auch wichtig, über politische Bildung zu reden. Da war es auch richtig, darüber zu reden, wie Beteiligung in Beteiligungsverfahren erlernt werden kann. Das war für uns ein wichtiges Thema.

Für uns war aber auch wichtig, dass wir gesagt haben, bei Beteiligungsverfahren – das findet sich auch in den allgemeinen Empfehlungen – muss es immer das Ziel sein, alle Gruppen anzusprechen und alle Leute zu gewinnen, auch die, die sich wenig in den politischen Prozess einbinden und die sich da wenig wiederfinden. Die wollen wir alle erreichen. Insofern finde ich, Platituden in die Richtung, Beteiligung bedeutet vielleicht die größten Schreihälse oder so, werden dem nicht gerecht, wie wir vertieft über diese Dinge in der Enquete-Kommission diskutiert haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beim Thema Barrieren abbauen zur Beteiligung und Transparenz – wir wollen, dass die Informationen öffentlich bereitgestellt werden – waren für uns natürlich auch die modernen technischen Mittel ein wichtiges Thema. Ich denke, wir sind gerade dort, wo das mit Ratsinformationssystemen und mit unserer Landtagsdatenbank gut umgesetzt wird, einen großen Schritt weitergekommen. Dadurch können Menschen von allen Orten in Rheinland-Pfalz und darüber hinaus auf alle Dokumente zugreifen.

Wir haben angefangen, die Sitzungen der Enquete-Kommission als Livestream zu übertragen, damit Leute in der Fläche an Landtagssitzungen per Livestream teilhaben können. Das haben wir dann auch für das Plenum umgesetzt. Mit dem Livestream wollen wir auch in den Kommunen, dort, wo die Wege in den ländlichen Räumen vielleicht länger sind, vorankommen. Ich denke, mit den neuen technischen Möglichkeiten sind die Möglichkeiten der Information und Teilhabe heute in den ländlichen Räumen viel besser als noch vor 10 oder 15 Jahren in den großen Städten, wenn diese genutzt werden.

Wir haben viele, viele Sitzungen auch darauf verwendet, uns über die sogenannten informellen Beteiligungsverfahren zu unterhalten. Wir haben gesagt, dass es wichtig ist, diese Verfahren bereits im Vorfeld von Planungen durchzuführen, wenn noch eine wirkliche Ergebnisoffenheit gegeben ist. Dann sollten diese Beteiligungsverfahren stattfinden, damit wir nicht Alibiveranstaltungen

haben, bei denen die Bürgerinnen und Bürger vor vollendete Tatsachen gestellt werden, sondern damit wir Beteiligungsverfahren in der Phase haben, in der wirklich noch über die Richtung und teilweise auch noch über das Ob und nicht nur noch über das Wie diskutiert wird.

Insofern haben wir darüber diskutiert und diese Beteiligungsverfahren auch für die Kommunen empfohlen. Wir alle kennen Beispiele von umfangreichen Planungsverfahren, bei denen lange geplant wird, aber sich am Ende erweist, dass wichtige Aspekte bei der Planung gar nicht berücksichtigt wurden oder sich diese Planungen teilweise gar nicht als durchsetzbar erweisen. Das führt auch zu einer Belastung von Ressourcen. Beteiligung bindet also nicht nur Ressourcen, sondern Beteiligung kann auch zur Entlastung von Ressourcen führen, wenn wir keine Planungsprozesse haben, deren Ergebnisse, wenn die Leute davon Kenntnis erlangen, gar nicht mehr als durchsetzbar gelten.

Daher ist eine breit angelegte, gut gemachte Beteiligung ein Gewinn für alle. Einerseits für die Menschen, die sich frühzeitig einbringen können, und andererseits auch für die, die solche Planungen durchführen und die dann alle Aspekte berücksichtigen können, die zu berücksichtigen sind.

Neben solchen Formen der frühen Einbeziehung brauchen wir aber auch eine weitere Diskussion über die Frage der direkten Mitwirkung. Wir brauchen eine Diskussion über Bürgerbegehren, über Bürgerentscheide in den Kommunen, und wir brauchen auch eine Diskussion über Volksentscheide auf der Landesebene. Da haben wir doch alle die Erkenntnis, dass wir eigentlich mit direkter Demokratie auf der Landesebene so gut wie keine Erfahrungen haben. Das muss mit der Höhe der Hürden zusammenhängen.

In anderen Ländern, die niedrigere Hürden haben, sehen wir, dass zu wenigen, sehr ausgewählten Fragen eine Bürgerbeteiligung so stattfindet, dass die Menschen abstimmen können. Dort sind die Hürden teilweise niedriger. In Rheinland-Pfalz sind sie aber so hoch, dass die Leute nicht am Sammeln der notwendigen Unterschriften scheitern, sondern dass sie teilweise damit erst gar nicht anfangen. Es gibt kaum Initiativen, weil die Hürden so hoch sind, dass es quasi aussichtslos ist, diese Hürden zu überwinden.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Wenn wir auf dieser Ebene mehr Demokratie wagen wollen, müssen wir die Zahl der erforderlichen Unterschriften auf der Landesebene senken. Dann müssen wir auf der Landesebene auch schauen, dass wir die Fristen verlängern. Dann müssen wir auch weg von der Amtseintragung, dass die Menschen auf einer Amtsstube vorstellig werden müssen, um Entscheide auf der Landesebene initiieren zu können. Ich denke, in diese Richtung müssen wir gehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Wenn wir darüber reden, müssen wir weiter auch über mögliche Änderungen der Landesverfassung reden.

Noch einmal eine persönliche Bemerkung zur Arbeit in der Enquete-Kommission: Sehr geschätzt habe ich in diesem Gremium die konstruktive Atmosphäre. An der Arbeit habe ich auch sehr geschätzt, dass es immer wieder die Möglichkeit gab, im Prozess realistische Zeitfenster zu sondieren, um gemeinsame Lösungen finden zu können. Dass diese Möglichkeit nicht so genutzt wurde, wie sie im Prozess immer wieder angelegt wurde, muss uns nicht entmutigen; denn wir werden immer wieder über die Themen ins Gespräch kommen, wenn es darum geht, das eine oder andere Vorhaben umzusetzen. Es muss weiter und immer wieder bei allen Beteiligten die Bereitschaft geben, gemeinsam zu entsprechenden Vorhaben zur Weiterentwicklung der Demokratie in Rheinland-Pfalz und zur aktiven Beteiligung, die wir für eine starke Demokratie brauchen, ins Gespräch zu kommen. Dies gilt auch vor dem Hintergrund der Herausforderungen, denen diese Demokratie immer wieder und auch heute begegnet.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Ich darf das Wort Frau Ministerpräsidentin Dreyer erteilen. Bitte schön.

Frau Dreyer, Ministerpräsidentin:

Vielen Dank. – Herr Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen! Es ist ein beeindruckendes Werk, wenn ich das so sagen darf. Dies nicht nur, wenn man sich die fast 500 Seiten vorstellt, die Pia Schellhammer hochgehoben hat, sondern schlicht und ergreifend auch dann, wenn man sich mit den Inhalten beschäftigt. Deshalb will ich mich an allererster Stelle herzlich bei der Vorsitzenden Pia Schellhammer bedanken, die die Arbeit wirklich ganz, ganz engagiert betreut hat. Herzlichen Dank dafür!

Frau Kohnle-Gros, genauso bedanke ich mich natürlich bei Ihnen stellvertretend für die Obleute und bei allen Abgeordneten, die Interesse an dem wichtigen demokratie-stärkenden Thema Beteiligung haben. Herzlichen Dank also für Ihre Arbeit.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Von Anfang an hat die Enquete-Kommission gleich das gelebt, was sie später beschlossen hat. Bei der Arbeit der Enquete-Kommission ist sehr transparent vorgegangen worden. Es gab die Zuschaltung einer Sachverständigen via Skype. Sie haben selbstverständlich den Livestream gehabt. Die Enquete-Kommission ist dafür maßgeblich gewesen, dass wir bei den Plenarsitzungen den Livestream einsetzen. Es gibt ein Blog, auf dem sämtliche Vorlagen und die übertragenen Sitzungen zugänglich sind. Es wurden also neue Standards bei der Arbeit

gesetzt. Das finde ich sehr schön. Deshalb will ich das auch betonen.

Jemand von Ihnen hat schon gesagt, dass die Enquete-Kommission nicht nur in ihrem geschlossenen Raum gearbeitet hat, sondern dass Sie als beteiligte Mitglieder auch bei Veranstaltungen draußen bei den Bürgerinnen und Bürgern waren. Ich denke, das war eine gute Art und Weise, das Thema nach außen zu bringen.

Auch die Gebärdendolmetscher, die wir heute haben, hat die Enquete-Kommission als Selbstverständnis immer wieder betont. Auch ich will den Sachverständigen und Anzuhörenden für ihr fundiertes Expertenwissen danken. Ich glaube, es ist immer die große Chance einer Enquete-Kommission, gute Sachverständige zu haben und sich von außen den entsprechenden Input geben zu lassen.

Last but not least möchte ich auch meinen eigenen Leuten danken; denn sie haben insgesamt 13 umfassende Berichte zu den unterschiedlichsten Themen geliefert. Auch das war sehr viel Arbeit. Sie haben es mit großem Engagement gemacht. Auch hier gab es ein Novum. Die umfangreichen Anlagen wurden dem Landtag nicht in Papierform, sondern zum Teil auch komplett elektronisch übermittelt. Das hat sich auch als Arbeitsweise bewährt. Herzlichen Dank an Sie alle!

Ich möchte noch ein Dankeschön den Beauftragten der Landesregierung sagen. Das waren Herr Staatssekretär a. D. Martin Stadelmaier und die Staatssekretärinnen Frau Kraege und Frau Gottstein. Sie waren immer anwesend.

Die Enquete-Kommission hat in einem hohen Rhythmus getagt. Auch das muss man noch einmal deutlich sagen. Das war für die Abgeordneten eine große Arbeitsbelastung. Die Landesregierung war immer dabei.

Ich bin dankbar für die Arbeit. Die Vorschläge sind sehr konkret und stellen einen wichtigen Beitrag zur Demokratiebildung und Demokratiestärkung dar. Sie beleben die Demokratie, wenn wir sie auch tatkräftig umsetzen. Sie ergänzen ganz klar unsere repräsentative Demokratie.

Es ist die einzige Enquete-Kommission zum Thema Bürgerbeteiligung auf Länderebene. Auch das möchte ich noch einmal sagen. Es ist eine Enquete-Kommission, die nicht nur Papier produziert, sondern sehr konkrete Vorschläge gemacht hat, mit denen wir alle arbeiten können, und zwar sowohl im Parlament als auch als in der Landesregierung.

Für mich persönlich ist das Thema Bürgerbeteiligung sehr wichtig. Ich stehe auch als Ministerpräsidentin absolut hinter dieser Herangehensweise. Ich empfinde die Bürgerbeteiligung als ein adäquates Mittel der heutigen Zeit, um Menschen in die politische Willensbildung einzubeziehen. Ich bin auch fest davon überzeugt, dass die Bürgerbeteiligung, wenn man sie sinnvoll und auch professionell anlegt, wenn ich das in Klammer setzen darf, für uns wirklich demokratie-stärkend ist und nicht Demokratie verhindert. Deshalb freue ich mich darüber, dass wir gemeinsam in Zukunft aktiv sein werden.

Vielleicht noch ein Wort, weil es Herr Lammert angesprochen hat. Die Bürgerbeteiligung ist auch ein Selbstverständnis dieser Landesregierung, und zwar auch für mich als Ministerpräsidentin. Wir können unsere Arbeit nicht dreieinhalb Jahre einstellen, während eine Enquete-Kommission tagt. Deshalb ist es für uns selbstverständlich, dass wir auch Teile und Elemente der Bürgerbeteiligung umsetzen.

Ich will aber auch sagen – ich hätte es nachher noch einmal beim Transparenzgesetz gesagt; Herr Heinisch hat es auch angesprochen –, dass sich die Enquete-Kommission mit dem Thema Transparenzgesetz – ich glaube, es war im Oktober 2012 – beschäftigt hat. Wir haben schon im Koalitionsvertrag festgestellt, dass wir das Informationsfreiheitsgesetz und das Umweltinformationsgesetz zusammenführen werden. Ich habe als Ministerpräsidentin in meiner ersten Regierungserklärung deutlich gemacht, dass ich das gut finde und ich dafür stehe, in unserer eigenen Verwaltung alles zu tun, um ein Transparenzgesetz nach vorne zu bringen. Ich finde, das gehört auch zu unseren Aufgaben.

Es gibt dafür einen Gesetzentwurf, der einmal im Kabinett war. Es wird eine Bürgerbeteiligung geben. Die Ergebnisse davon werden in den Gesetzentwurf einfließen. Der Gesetzentwurf wird dann so weit in Form gebracht werden, dass er dann hoffentlich vor der Sommerpause – das ist unser Ziel – ins Parlament kommt und ausführlich diskutiert werden kann. Ich finde, dass wir uns sehr gut ergänzt haben. Es gibt überhaupt keine Aktivität der Landesregierung in diesem Bereich, die nicht auch immer eng abgestimmt war. Wir haben immer Kontakt zur Enquete-Kommission gesucht, um diese Dinge miteinander gut zu besprechen.

Ich habe, wissend, was die Enquete-Kommission tut, in der ersten Regierungserklärung angekündigt, dass wir als Regierung bereit sind, einen Fahrplan Bürgerbeteiligung auf den Weg zu bringen. Wir haben das „liegen lassen“, bis die Enquete-Kommission ihren Bericht vorlegt. Dieser liegt jetzt vor. Die Enquete-Kommission hat in diesen Bericht ziemlich klar hineingeschrieben, dass sie erwartet, dass wir innerhalb von sechs Monaten dem Parlament erste Ergebnisse vorlegen.

Wir werden diese Aufgabe annehmen. Wir haben es miteinander besprochen, dass wir uns anstrengen werden. Wir werden uns im Kabinett mit diesem Fahrplan beschäftigen. Er wird das Motto „Gemeinsam für eine starke Demokratie“ haben. Wir werden darin Empfehlungen der Enquete-Kommission mit Leben füllen. Es wird zehn Überschriften angelehnt an die Grundlagen des Berichts der Enquete-Kommission geben, bei denen wir konkrete Dinge machen wollen.

Das ist einmal das Thema „Demokratie lernen und Beteiligung praktizieren“. Wenn ich den Bericht richtig gelesen habe, ist es unsere gemeinsame Auffassung, dass man immer wieder Beteiligung und Demokratie lernen muss. Das ist keine neue Erkenntnis. Ich denke, wir müssen sie sehr ernst nehmen, um das Engagement der Betroffenen entsprechend mit einbeziehen zu können.

Der zweite Punkt ist, dass wir Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche stärken wollen. Auch das ist

ein großes Anliegen. Das kam eben schon zur Sprache. Wir haben schon einige Dinge, aber ich denke, wir können noch ein bisschen mehr leisten, um diesen Aspekt zu unterfüttern. Sie haben in Ihrem Bericht gute Vorschläge gemacht.

Der dritte Punkt wird sein, dass wir gute Rahmenbedingungen für die Beteiligung gestalten wollen. Wir werden die Empfehlung der Enquete-Kommission zu übergeordneten Leitlinien aufgreifen und damit für uns selbst verbindliche Regelungen für Beteiligungsverfahren schaffen. Zugleich sollen diese Leitlinien aber auch praktische Tipps und Hilfestellungen enthalten und somit als Handbuch für Dritte dienen können.

Wir werden auch prüfen, in welcher Form wir das große Anliegen der unabhängigen Anlaufstelle realisieren können. Wir haben noch ein paar Monate Zeit, bis die sechs Monate herum sind. Wir wollen diesen Punkt ernst nehmen, weil er ein großer Diskussionspunkt in der Enquete-Kommission war. Unsere Beauftragten waren immer dabei und haben das mitgenommen, dass es ein wichtiges Anliegen ist.

Der vierte Punkt im Fahrplan wird das Thema „Mehr Transparenz schaffen“ sein. Dazu zählt selbstverständlich das Transparenzgesetz.

Im fünften Punkt geht es um die Qualifizierung der Entscheidungsträger. Herr Lammert hat es angesprochen. Wir werden uns damit auseinandersetzen. Das Thema Beteiligung ist ein Querschnittsthema. Dabei geht es darum, wie wir Angebote des Landes verstärken können, dass unser eigenes Personal in der Lage ist, diese wichtige Aufgabe entsprechend aufzufassen und umzusetzen.

Der sechste wichtige Punkt soll sein, dass wir Beteiligung für alle ermöglichen. Das ist übrigens ein Punkt, der mich in diesem Bericht ganz besonders freut. Die Enquete-Kommission hat sich damit auseinandergesetzt, wie man alle Bevölkerungsschichten in die Beteiligung einbeziehen kann. Das nehmen wir sehr ernst. Auch dazu werden wir Dinge aufgreifen, die Sie entwickelt haben.

Der siebte Punkt geht darum, die Potenziale neuer Medien zu nutzen. Dazu haben wir das Rheinland-Pfalz-Portal ausgebaut. Wir planen auch ein E-Government-Gesetz. Ich denke, insofern machen wir Schritte im Sinne der Enquete-Kommission.

Im achten Punkt geht es darum, die Hürden für die direkt-demokratische Beteiligung zu senken. Auch das ist ein Herzenswunsch von mir. Ich hoffe, dass wir gemeinsam an dieser Stelle nach vorne kommen. Ich will nur noch einmal anmerken, dass wir im Vergleich zu anderen Bundesländern wirklich nicht gut dastehen. Das ist sehr schade, weil wir in ganz vielen Bereichen sehr fortschrittlich sind, was das Thema Beteiligung und Demokratie betrifft. Wir hinken aber an diesem Punkt im Ranking ziemlich weit hinterher. Ich hoffe, dass wir, was das Thema Quoren betrifft, zu einer gemeinsamen Lösung kommen.

Im neunten Punkt werden wir uns mit den Vorschlägen hinsichtlich der Bürgerbeteiligung bei Großprojekten beschäftigen. Hier gibt es Überlegungen, ob wir einen Planungsleitfaden oder etwas Ähnliches erstellen können.

Der zehnte wichtige Punkt, den alle noch ein bisschen mit Samthandschuhen anpacken, ist das Thema „Beteiligung vor Ort stärken“. Wir wissen, dass es die hohe und von uns auch geschätzte kommunale Selbstverwaltung gibt. Ich will einfach auch einmal deutlich machen, dass die Enquete-Kommission schon einiges geleistet hat, was ich wunderbar finde. Sie hat die Vielzahl der kommunalen Beteiligungsmöglichkeiten und Aktivitäten aufgezeigt. Das allein ist ein großer Schatz.

Wenn wir es schaffen, diese Erfahrungen weiter auszuwerten und im Dialog mit den Kommunen darüber zu bleiben, wie wir möglicherweise auch noch weitere Dinge gemeinsam miteinander tun können, dann wäre das ein tolles Ziel, immer in Anerkennung der Tatsache, dass die kommunale Selbstverwaltung das natürlich selbst gestalten kann und keinesfalls befürchten muss, dass das Land irgendwelche Vorgaben macht. Aber wir sollten schon im Dialog bleiben. Auch für die kommunalen Sachverständigen und die kommunalen Spitzenverbände waren das dreieinhalb Jahre Arbeit. Es wäre ein bisschen schade, wenn wir mit diesem wichtigen Material nicht ein gutes Stück weiterkommen könnten.

Wir sind bereit. In sechs Monaten werden wir dem Parlament berichten, was die Landesregierung in Bezug auf die Enquete-Kommission konkret umsetzen wird. Eine starke Demokratie braucht unterschiedliche Formen der Beteiligung. Davon bin ich total überzeugt. Wir werden als Landesregierung diese Empfehlungen sehr beherzt angehen.

Herzlichen Dank noch einmal für die tolle Arbeit. Ich wünsche uns weiterhin gute Ergebnisse bei allen Beratungen, wenn es um die Umsetzung dieser Empfehlungen geht.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schnabel:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Damit ist der Dritte Zwischenbericht und Schlussbericht der Enquete-Kommission 16/2 „Bürgerbeteiligung“ – Drucksache 16/4444 – mit seiner Besprechung erledigt.

Wir kommen zu **Punkt 16** der Tagesordnung:

Terrorismus effektiv bekämpfen – Konkrete Maßnahmen auf Landes- und Bundesebene umsetzen
Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 16/4516 –

Die Grundredezeit beträgt pro Fraktion 5 Minuten. Das Wort hat Herr Kollege Lammert von der CDU-Fraktion.

Abg. Lammert, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir hatten bereits gestern die Diskussion über die Frage geführt, mit welchen Mitteln wir uns vor dem islamistischen Terror schützen können. Es gab eine Diskussion über verschiedene Maßnahmenpakete, Herr Minister Lewentz hat es gestern angesprochen. Wir haben gesagt, dass wir in diesem Bereich sehr wohl Ideen entwickeln und auch Vorschläge einbringen.

(Unruhe im Hause)

Vizepräsident Schnabel:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf um etwas mehr Ruhe bitten, auch auf der Zuschauertribüne. Herr Lammert, ich Sorge noch ein bisschen für Ordnung, dann können Sie gleich weitermachen.

(Dr. Weiland, CDU: Aber die Redezeit darf dadurch nicht weiterlaufen!)

– Ja, die Redezeit wird dadurch wenigstens um 30 Sekunden verlängert. – Bitte schön, Herr Kollege Lammert.

Abg. Lammert, CDU:

Wir haben festgestellt, dass bedauerlicherweise auch in Rheinland-Pfalz die Zahl der extremistischen und gewaltbereiten Islamisten vor allem in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen ist und von diesen Personen auch in Rheinland-Pfalz durchaus eine erhöhte Anschlagsgefahr drohen kann und wir entsprechend gut aufgestellt sein müssen.

Die Antwort darauf muss ganz klar lauten, Salafismus und Islamismus haben für uns in Deutschland und in Rheinland-Pfalz nichts zu suchen und haben keinen Platz.

(Beifall der CDU)

Ich denke, darin sind wir uns alle einig; deshalb schlagen wir in unserem Antrag auch verschiedene präventive und auch repressive Maßnahmen vor, die im Übrigen auch im Zusammenhang mit den Ländern und dem Bund umgesetzt und stetig fortgeschrieben werden müssen. Wir wollen insbesondere im präventiven Bereich unbedingt den Dialog mit den muslimischen Verbänden erhalten und intensivieren. Es ist ganz wichtig, dass wir sehr frühzeitig in Gespräche eintreten und auch entsprechende Präventionsnetzwerke und Beratungsstellen sowie vielleicht auch Programme zum Ausstieg aus dem Salafismus einrichten. Dazu gibt es in anderen Bundesländern schon sehr gute Vorschläge, wie man beispielsweise auf der hessischen Seite sehen kann.

Herr Minister Lewentz hat in den letzten Tagen schon angekündigt, dass er ein entsprechendes Netzwerk einrichten möchte. Das haben wir grundsätzlich begrüßt. Allerdings ist für die Umsetzung Frau Ministerin Alt zuständig, weil es in ihrem Ressort angegliedert ist. Ich muss ganz ehrlich sagen, auf Nachfragen, wie ein sol-